

Autor: GÜNTER M. WIEDEMANN

Seitentitel: Ausgabe Köln Nord / Köln Ost / Köln Porz / Köln Süd / Köln West

Seite: 4

Ausgabe: Hauptausgabe

Ressort: Frühausgabe / Spätausgabe

Jahrgang: 2019

Quellrubrik: ME

Nummer: 71

HINTERGRUND

"Gesundheit besser schützen"

IG Metall wirft Arbeitgebern und Regierung Versäumnisse vor

Zu viele Arbeitgeber kümmern sich zu wenig um die Gesundheit und Arbeitsbedingungen ihrer Mitarbeiter, kritisiert die IG Metall. Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban sagte dieser Zeitung: "Das Arbeitsschutzgesetz verpflichtet Unternehmen, gesundheitsgefährdende Faktoren im Arbeitsalltag zu ermitteln. Schon bevor Beschäftigte erkranken. Wir wissen aus einer Reihe von Untersuchungen, dass dies nur etwa 50 Prozent der Firmen praktizieren. Berücksichtigt man auch psychische Belastungen, sind es weniger als ein Viertel. Das ist eine Rechtsverweigerung skandalösen Ausmaßes. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass Arbeitgeber die Gesundheit ihrer Mitarbeiter durch mangelhafte Prävention gefährden." Auch der Bundesregierung wirft Urban Versäumnisse vor. "Ich erwarte, dass der Arbeits- und Gesundheitsschutz einen neuen, einen deutlich höheren Stellenwert bekommt. Hier ist es zu still geworden in den letzten Jahren."

Er befürchte einen Rückfall in Zeiten, in denen es hieß, "Hauptsache Arbeit" oder "Jede Arbeit ist besser als gar keine

Arbeit." Die Veränderungen von Arbeit, zunehmende Hektik, wachsender Leistungsdruck und steigende psychische Belastungen, müssen nach Ansicht Urbans "zwingend dazu führen, dass der Arbeits- und Gesundheitsschutz aus seinem Schattendasein herausgeholt wird. Zumal physische Belastungen ja nicht verschwunden sind." Es gebe vermehrt Muskel- und Skelett-Erkrankungen.

Vor diesem Hintergrund ermahnt Urban die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission zur Weiterentwicklung des Rentensystems, keine Verlängerung der Lebensarbeitszeit vorzuschlagen. "Ein höhere Regel-Altersgrenze ist kein Beitrag zur Lösung demografischer Probleme, sondern dient nur dazu, Beschäftigten über versicherungsmathematische Abschläge ihre Rente zu kürzen." Eine Renten-Regelgrenze über 67 hinaus "findet keine gesellschaftliche Akzeptanz" und wäre nicht zielführend, weil angesichts der Belastungen schon die Rente mit 67 an den betrieblichen Realitäten vorbeigehe, urteilt Urban.

Ein gravierendes Problem in der Alters-

sicherung ist nach Ansicht des Sozialexperten die Tatsache, dass der Niedriglohn-Sektor immer größer geworden sei. Deshalb warnt Urban auch davor, die positiven Trends auf dem Arbeitsmarkt überzubewerten. Die Arbeitslosigkeit ist derzeit so niedrig wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Deshalb räumt Urban ein: "Natürlich sind die Arbeitsmarktzahlen auf den ersten Blick gut. Aber es gibt Schattenseiten hinter den Zahlen." Die Zunahme der Beschäftigung sei einhergegangen mit "einem explosionsartigen Anstieg von atypischen Arbeitsverhältnissen, von denen viele prekär sind". Als atypisch bezeichnen Gewerkschaften Jobs, die nicht dem klassischen Vollzeitverhältnis entsprechen. Als prekär gilt schlecht bezahlte und befristete Arbeit.

Zu den Schattenseiten gehört für den Gewerkschafter die Beobachtung, "dass Vollzeitjobs nicht mehr immer ausreichend entlohnt werden, um sein Leben finanzieren zu können".

GÜNTER M. WIEDEMANN

Urheberinformation: (c) M.DuMont Schauberg

Artikellayout (Format) wurde nachträglich verändert